

Antrag der Fraktion Die Linke

Modernisierung der Bund-Länder-Finzen im Rahmen der Föderalismusreform II

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest, dass die derzeitige Richtung der Diskussion der Föderalismuskommission II die Interessen, Bedingungen und Nöte des Bundeslandes Bremen und seiner Bürgerinnen und Bürger nicht berücksichtigt. Eine Verengung der Arbeit der Kommission auf Vorschläge für Verschuldungsgrenzen, ohne Fragen einer solidarischen Altschuldenbewältigung und einer Stärkung der aufgabenadäquaten Finanzausstattung der Länder weiter zu berücksichtigen, ist aus bremischer Sicht inakzeptabel und nicht sachgerecht.

Große Flächenländer anerkennen für Großstädte in ihrem Bundesland die Übernahme zentralörtlicher Funktionen und den erhöhten Bedarf in Ballungsgebieten und gelten dies mit Einwohnerveredelungen bis zu 150 % (Bayern) oder 186 % (Baden-Württemberg) ab. Einen entsprechend erhöhten Bedarf der Stadtstaaten streiten sie aber ab und verweisen auf eine angeblich mögliche Sanierung durch Eigenanstrengung. Den Bürgerinnen und Bürgern Bremens ist dies nicht vermittelbar. Die Bürgerschaft (Landtag) kann darin kein verantwortliches Bemühen um die Wahrung der Einheitlichkeit der Lebensbedingungen im Bundesgebiet erkennen.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert die bremischen Mitglieder der Kommission auf, keinen Ergebnissen zuzustimmen, die eine isolierte Regelung von Verschuldungsgrenzen beinhalten.

Die Bürgerschaft (Landtag) appelliert an die Vertreter/-innen der Bundesregierung in der Kommission, ihrer Verantwortung für die Gesamtheit des Bundesgebiets und seiner Bevölkerung gerecht zu werden und sich Lösungen zu widersetzen, die für einzelne Bundesländer die Konsequenz haben, dass dort erhebliche Teile der Bevölkerung weiter verarmen und der Staat seinen verfassungsmäßigen Aufgaben nicht mehr hinreichend nachkommen kann.

Klaus-Rainer Rupp,
Monique Troedel und Fraktion Die Linke